

Schweiz

Ohne die Bauern haben es Agraranliegen

Abstimmung Die beiden Ernährungsinitiativen sind gescheitert, weitere ähnliche Volksbegehren sind in der Pipeline. Doch von den Bauern

Raphaela Birrer, Stefan Häne

Es ist ein brutaler Absturz: Vor sechs Wochen noch wollten gemäss Meinungsumfragen drei von vier Stimmbürgern die beiden Ernährungsinitiativen annehmen. Die überraschend hohe Akzeptanz machte die Befürworter zuversichtlich. Doch bis zum gestrigen Abstimmungssonntag ist die Zustimmung regelrecht eingebrochen. Das Volk hat die Fair-Food-Initiative mit 61 Prozent, jene für Ernährungssouveränität gar mit 68 Prozent abgelehnt. Die grüne Nationalrätin Maya Graf konnte ihre Enttäuschung nur schlecht verbergen. Sie sprach von einer «verpassten Chance» und davon, dass «die Angstkampagne der Gegner die Leute verunsichert» habe – eine Anspielung auf die Warnung vor höheren Preisen und einer Einschränkung der Wahlfreiheit.

Anders der Bundesrat: Zufrieden traten Agrarminister Johann Schneider-Ammann (FDP) und Innenminister Alain Berset (SP) gestern vor die Medien, verlasen nur kurze Stellungnahmen, beantworteten lediglich drei Fragen. Der Kampf gegen die links-grünen Agrarinitiativen, das war deutlich zu spüren, hat die beiden Magistraten nicht aufgegeben. Mit dem zeitgleichen Abstimmungstermin hatten sie – taktisch geschickt – die Kräfte gebündelt und den Initianten die Trennschärfe ihrer Anliegen erschwert. Das Resultat: zweimal ein deutliches Nein – und ein frohlockender Agrarminister: «Die Konsumenten wollen den eingeschlagenen Weg in der Landwirtschaftspolitik weitergehen», sagte Schneider-Ammann.

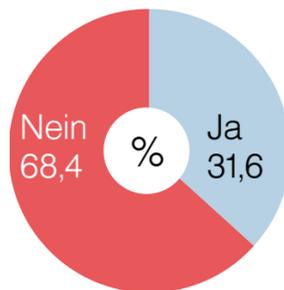
Sechs neue Volksinitiativen

Doch dieser bisherige Weg steht demnächst erneut zur Debatte. Links-grüne Politiker wollen im Parlament den Druck aufrecht erhalten – mit Vorstössen, die zumindest Teilaspekte der beiden Initiativen aufgreifen: zum Beispiel Lebensmittel besser deklarieren, deren Verschwendung eindämmen oder den Tierschutz verbessern. Es dürfte aber schwierig werden, auf diesen Feldern substantielle Erfolge zu erzielen. Ähnlich gelagerte Vorstösse sind in der Vergangenheit in der Regel am Widerstand von Mitte-rechts gescheitert.

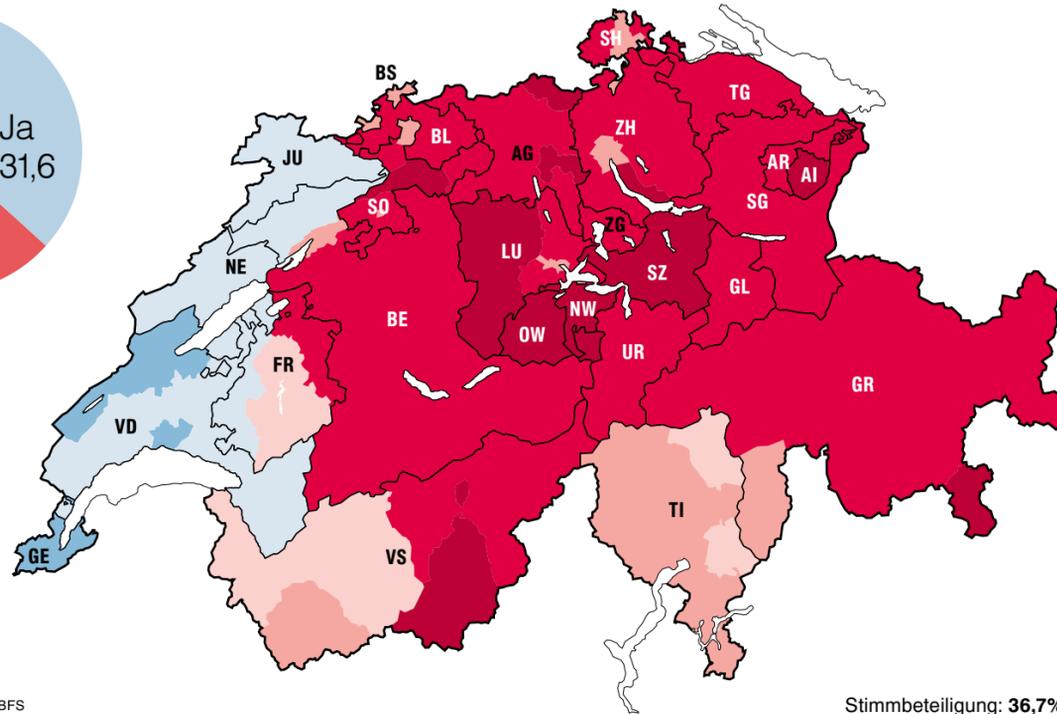
Druck kommt auch aus der Bevölkerung: Gleich sechs Volksinitiativen wollen die Schweizer Agrarpolitik teils tief greifend verändern. Bereits am 25. November wird darüber abgestimmt, ob Bauern für horntragende Kühe zusätzliche Subventionen erhalten sollen. In der Pipeline sind zudem je eine Initiative für ein Pestizidverbot sowie für sauberes Trinkwasser. Sie wollen den Pestizideinsatz gänzlich untersagen beziehungsweise Subventionen streichen, wenn die Landwirte Pflanzenschutzmittel verwenden.

Zudem werden aktuell Unterschriften für ein Verbot der Massentierhaltung gesammelt, darüber hinaus sind Initiativen für ein Importverbot von tierquälerisch erzeugten Produkten sowie für eine Ernährungserziehung der Jugend lanciert worden.

Ernährungssouveränität

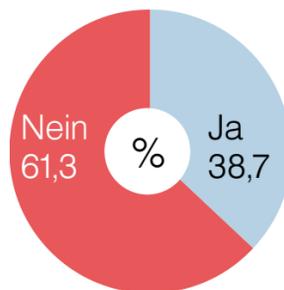


Kartografie: Themakart, BFS
Quelle: Abstimmungsstatistik, BFS

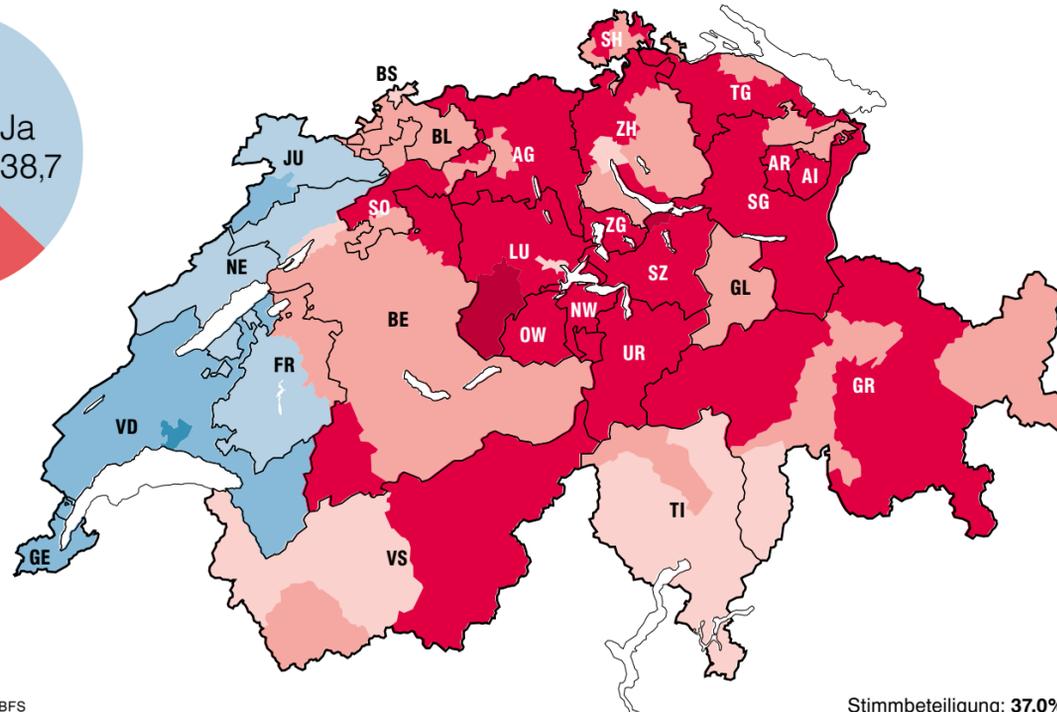


Kantone	% Ja
Zürich	25,9
Bern	28,4
Luzern	22,3
Uri	20,3
Schwyz	17,9
Obwalden	16,0
Nidwalden	17,8
Glarus	25,0
Zug	20,2
Freiburg	43,3
Solothurn	24,1
Basel-Stadt	32,1
Baselland	25,6
Schaffhausen	27,7
Appenzell AR	25,3
Appenzell AI	19,4
St. Gallen	22,7
Graubünden	22,7
Aargau	22,0
Thurgau	22,7
Tessin	37,3
Waadt	57,1
Wallis	35,9
Neuenburg	52,7
Genf	60,0
Jura	54,1
Schweiz	31,6

Fair-Food-Initiative



Kartografie: Themakart, BFS
Quelle: Abstimmungsstatistik, BFS



Kantone	% Ja
Zürich	35,3
Bern	36,9
Luzern	28,9
Uri	25,8
Schwyz	22,6
Obwalden	20,4
Nidwalden	22,5
Glarus	32,9
Zug	27,4
Freiburg	48,7
Solothurn	31,2
Basel-Stadt	42,8
Baselland	33,5
Schaffhausen	34,4
Appenzell AR	32,6
Appenzell AI	23,3
St. Gallen	29,8
Graubünden	29,6
Aargau	28,8
Thurgau	28,9
Tessin	42,7
Waadt	63,8
Wallis	38,5
Neuenburg	57,1
Genf	63,9
Jura	58,9
Schweiz	38,7

Verfängliche Titel von Initiativen sollen über das eigene Lager mobilisieren.

Ein Pestizidverbot oder sauberes Trinkwasser: Solch verfängliche Titel sollen über das eigene Lager hinaus mobilisieren. Doch die gestrige Niederlage gibt bereits einen Vorgeschmack auf die Erfolgchancen links-grüner Agrarinitiativen. Und dabei ist ein Muster erkennbar: Stellen sich die mehrheitlich bürgerlich wählenden Bauern hinter ein Begehren, ist ein Ja an der Urne ungleich wahrscheinlicher. Eindeutlich zeigte sich dies vor einem Jahr beim neuen Verfassungsartikel für Ernährungssicherheit, den das Stimmvolk mit fast 80 Prozent Ja-Stimmen gutgeheissen hat.

Doch die Vorzeichen für die anstehenden Initiativen sind nicht eben gut. Während der Bauernverband bei der Hornkuh-Initiative gespalten ist und

Stimmfreigabe beschlossen hat, ist er dezidiert gegen die beiden Initiativen zum Pestizideinsatz. «Ein Ja wäre gravierend für die Versorgungssicherheit in der Schweiz, weil wir einen grossen Teil der Ernte verlieren würden», warnt Bauernverbandsdirektor Jacques Bourgeois. «Wir werden die Initiativen deshalb bekämpfen», sagt der FDP-Nationalrat. Dasselbe gelte auch für ein Verbot der Massentierhaltung – schliesslich habe die Schweiz als einziges Land in Europa Höchstbestandsvorschriften für die Tierhaltung.

«Links-grüne Agraranliegen haben beim Volk keine Chance, wenn sie nicht von bürgerlichen Kreisen mitgetragen werden», sagt auch Bauernverbandspräsident und CVP-Nationalrat Markus Ritter. Tatsächlich ist es den

Initianten diesen Sonntag kaum gelungen, über das eigene Lager hinweg zu mobilisieren.

GLP kritisiert Linke

Ein weiteres Indiz für die Mehrheitsfähigkeit eines Agraranliegens ist die Positionierung der GLP, die in ökologischer Hinsicht pragmatischer politisiert. Hat sie Vorbehalte, widerspiegeln sich darin die Bedenken einer Mitte-Wählerschaft, die mit grünen Anliegen sympathisiert. Und auch von den Grünliberalen kommen ernüchternde Signale für die Initianten: Einzig die Trinkwasser-Initiative genießt dort bisher breite Unterstützung. «Der Bund macht tatsächlich zu wenig gegen Gewässerverunreinigung und Pestizideinsatz», sagt GLP-Präsident Jürg Grossen. Die Idee hinter den links-grünen Anliegen

sei jeweils gut, doch in der Umsetzung offenbare sich eine zu simple Staatsgläubigkeit: «Mit neuen Verfassungsartikeln sollen Probleme auf der ganzen Welt gelöst werden – das ist unrealistisch», so Grossen.

Auch Marc Bühlmann, Politologe an der Universität Bern, räumt den Anti-Pestizid-Initiativen wenig Chancen an der Urne ein, weil die Bauern erneut gespalten sein werden in biobäuerliche Kreise, die das Anliegen befürworten, und konventionelle Landwirte, die es ablehnen. Für Grossen sind die Bauern als Garant für einen Abstimmungserfolg zudem nicht auf ewig gesetzt: «Die Bauern bedienen sich mit immer neuen Vorstössen masslos in der Staatskasse. Die Stimmung in der Bevölkerung könnte auch umschlagen.»

schwer

droht erneut Widerstand – mit Folgen.



Geschickt taktiert: Bundesrat Johann Schneider-Ammann. Foto: Keystone



Verloren: Maya Graf, Nationalrätin Grüne. Foto: Keystone

Romands stimmen für die Agrarinitiativen

Die Westschweizer Kantone offenbarten in den Abstimmungen gegenüber den beiden Agrarinitiativen mehr Sympathien als die Deutschschweizer. Die Waadt, Genf, Neuenburg und Jura stimmten dafür. Es sind die vier einzigen Kantone, welche die Initiative für Ernährungssouveränität und die Fair-Food-Initiative angenommen haben. Die beiden Vorlagen erreichten schweizweit lediglich einen Ja-Anteil von 31,6 Prozent beziehungsweise 38,7 Prozent.

In der Waadt und in Genf stimmten fast 64 Prozent für die Fair-Food-Initiative, bei der Initiative für Ernährungssouveränität waren es etwas weniger. Im Jura und in Neuenburg lagen die Anteile an Ja-Stimmen etwas tiefer, aber

immer noch deutlich über 50 Prozent. Auch in Freiburg, wo die beiden Agrarinitiativen abgelehnt wurden, brachten die Stimmbürger ihnen mehr Wohlwollen entgegen als die Deutschschweizer: Die Fair-Food-Initiative wurde nur knapp verworfen. Auch die Zustimmung zur Landwirtschaftsinitiative lag deutlich über dem schweizerischen Schnitt. Das Wallis lag dagegen im nationalen Mittel.

Der stärkere Ja-Anteil in der Westschweiz hatte sich im Vorfeld abgezeichnet: So hatten etwa die Westschweizer Bauern anders als der nationale Verband die Ja-Pa-rolle zur Fair-Food-Initiative beschlossen. Auch die SVP Waadt scherte aus und sagte im Gegensatz zur SVP Schweiz Ja. (sda)

Verlierer dürfen auf Siegen hoffen – beim Palmölstreit

Freihandel Eine breite Allianz will bei zwei Freihandelsabkommen Palmöl ausklammern.

Stefan Häne

Die Abstimmung ist vorbei, doch das Thema bleibt auf der politischen Agenda. Bereits morgen kommt es zur nächsten Auseinandersetzung um Fair Food. Der Ständerat entscheidet, ob der Bundesrat bei den Verhandlungen mit Malaysia und Indonesien über ein Freihandelsabkommen das umstrittene Palmöl ausklammern soll, also jenes Produkt, für das Regenwald in grossem Stil gerodet wird – mit negativen Folgen für deren Bewohner und die Ökosysteme.

Eine Standesinitiative des Kantons Genf fordert diesen Ausschluss für beide Länder, die etwa vier Fünftel des weltweiten Palmöls produzieren. Eine des Kantons Thurgau nur für Malaysia. Die Genfer argumentieren mit dem neuen Artikel 104a der Bundesverfassung, den das Schweizer Stimmvolk vor einem Jahr klar gutgeheissen hat. Demnach muss der Bund die Voraussetzungen schaffen für «grenzüberschreitende Handelsbeziehungen, die zur nachhaltigen Entwicklung der Land- und Ernährungswirtschaft beitragen». Pikanterweise ist das jener Artikel, den die Fair-Food-Initianten mit ihrem Volksbegehren präzisieren und dem sie so zur Umsetzung verhelfen wollten.

Der Nationalrat hat die beiden Vorstösse noch nicht behandelt, wohl aber eine Motion von SVP-Nationalrat Jean-Pierre Grin, die den Ausschluss von Palmöl im Fall von Malaysia verlangt. Die grosse Kammer hat dem Vorstoss bereits zugestimmt – mit 140 zu 35 Stimmen überaus deutlich. Ausser der FDP und der GLP haben alle Fraktionen das Ansinnen grossmehrheitlich unterstützt, also auch die BDP, die CVP und die SVP, allesamt Gegner der Fair-Food-Initiative.

Ein Rettungsversuch

Die Ausgangslage so kurz nach der Abstimmung über die Fair-Food-Initiative ist also delikant. Dies umso mehr, als der Bundesrat die beiden Abkommen als sehr wichtig taxiert, vor allem für die Schweizer Exportwirtschaft. Zustände kämen sie aber nur, so warnt er, wenn sie die wichtigsten Exportprodukte der Abkom-



Palmöl ist für Malaysia ein wichtiges Exportprodukt: Eine Fabrik bei Kuala Lumpur. Foto: Mohd Rasfan (AFP)

menspartner abdecken, also auch das Palmöl.

Die vorberatende Aussenpolitische Kommission des Ständerats versucht nun, mit einem neuen Vorschlag die Verhandlungen zu retten. Demnach soll Palmöl Bestandteil davon bleiben. Der Bundesrat soll aber in den Abkommen Bestimmungen vorsehen, die einen Beitrag zu nachhaltiger Produktion und nachhaltigem Handel von Palmöl leisten. Und er soll den beiden Staaten keine Konzessionen machen dürfen, welche die Schweizer Rapsölproduzenten konkurrenzieren.

Mit dieser Auflage will die Kommission jene Kreise beruhigen, die in erster Linie aus Furcht vor billiger Konkurrenz aus dem Ausland einen Ausschluss des Palmöls fordern: die Bauernvertreter und ihre starke Lobby im Parlament.

Doch dort winkt man ab. CVP-Nationalrat Markus Ritter, Präsident des Schweizerischen Bauernverbands, spricht von einem «kommunikativen Ausweichmanöver». Der Vorschlag der Kommission diene – ent-

gegen seinem Titel – gerade dazu, Konzessionen machen zu dürfen. Als realitätsfremd bezeichnet Ritter den Vorschlag der Kommission, intervenieren zu können für den Fall, dass der Rapsanbau einbrechen würde. «Ist der Rapsanbau eingebrochen, ist der Schaden angerichtet.»

Kritik aus der FDP an Ritter

Ritters Haltung weckt Kritik. «Markus Ritter demonstriert ein weiteres Mal, dass es beim Bauernverband überhaupt keine Kompromissbereitschaft gibt», sagt FDP-Ständerat Damian Müller. Damit nähmen die Bauern in Kauf, dass die Freihandelsabkommen nicht zustande kämen und der Exportwirtschaft der verbesserte Zugang zu wichtigen Märkten verwehrt bleibe.

Wie der Vorschlag der Kommission umsetzbar ist, ohne die Schweizer Rapsproduktion zu schwächen, lässt Müller offen. Auf Nachfrage sagt er: «Sie können davon ausgehen, dass eine Kommissionsmotion umgesetzt werden kann.» Auch andere angefragte Ständeräte geben sich wortkarg. Konkreter wurde Jo-

hann Schneider-Ammann während der Debatte im Nationalrat. Der Import von Palmöl werde über Zölle so gesteuert, «dass unser Rapsöl dabei nicht verdrängt wird», sagte der Wirtschaftsminister.

Für welche Variante sich der Ständerat morgen entscheiden wird, ist unklar. Viele angefragte Ständeräte zeigen sich noch unentschlossen, speziell jene aus der CVP, die das Zünglein an der Waage spielen könnten. Sie wollen sich heute Montag mit ihren Parteikollegen besprechen.

Eine neue Volksinitiative?

Zu jenen, die bereits Position bezogen haben, gehört Ständerat Thomas Minder (SH, parteilos). «Wir dürfen den Freihandel nicht über die Nachhaltigkeit stellen», sagt er. Sollte die Schweiz trotzdem ein Abkommen abschliessen, das auch Palmöl umfasst, wird dies nach Einschätzung Minders die Wahrscheinlichkeit für eine Volksinitiative gegen Palmölimporte erhöhen. Die Schweizer Bevölkerung, so Minder, sei punkto Regenwaldzerstörung sehr sensibilisiert.

Kommentar

Die Stimmbürger entscheiden lieber im Laden

Bioprodukte boomen in der Schweiz: Der Absatz von Biolebensmitteln hat sich zwischen 2007 und 2017 verdoppelt. Der Marktanteil liegt unterdessen bei rund 10 Prozent, Tendenz weiter steigend. An diesem Phänomen ändert auch die klare Ablehnung der beiden Ernährungsinitiativen nichts.

Die Stimmbürger haben nicht Nein gesagt zu nachhaltig und tierschonend produzierten Nahrungsmitteln. Sie haben vielmehr zwei Initiativen abgelehnt, die auf den ersten Blick sympathisch erscheinen

mögen – in der Umsetzung jedoch problematisch wären.

Die Initiative für Ernährungssouveränität wollte die Landwirtschaft nach planwirtschaftlichen Grundsätzen steuern, etwa über die Erhöhung der im Agrarbereich tätigen Personen. Zu Recht wurde das Begehren mit seinen überholten Rezepten wuchtig verworfen. Auch die gemässigte Fair-Food-Initiative hätte mit ihrem protektionistischen Ansatz zu Konflikten mit Handelsabkommen geführt. So wäre es illusorisch gewesen, anderen

Ländern unsere Produktionsbedingungen aufzuerlegen. Das Nein zu dieser Vorlage erspart dem Parlament eine weitere Umsetzungsdebatte wie bei der SVP-Zuwanderungsinitiative – eine Debatte, bei der zwischen der Verletzung internationaler Abkommen oder der Umsetzung des Volkswillens zu wählen ist und die mit einem faulen Kompromiss endet.

Neben der problematischen Umsetzung gibt es einen weiteren Hauptgrund, der zur Ablehnung der Initiativen beigetragen hat: Der Stimmbürger

entscheidet als Konsument täglich, welche Nahrungsmittel er bevorzugt. Den Entscheid pro oder kontra Bio fällt er lieber vor dem Ladenregal, als dass er ihn via Verfassung allgemein verbindlich erklärt. Kommt hinzu, dass der Auftrag zur umweltfreundlichen Lebensmittelproduktion seit dem Ja zur Ernährungssicherheitsvorlage vor einem Jahr bereits Verfassungstext ist. Das ist aus Sicht der Mehrheit offensichtlich genug an staatlicher Richtlinie für unser Essverhalten.

Daniel Foppa